

BDO-FASTENFISCHESSEN

Politische Gespräche vor heimischer Kulisse

Das 17. bdo-Fastenfishessen stand dieses Jahr unter dem Motto „Nord- und Ostsee“ und zog wieder einmal zahlreiche Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft an. Mehr als 150 Gäste diskutierten bei Krabben und Fisch aus heimischen Gewässern über die aktuellen Herausforderungen bei Gelegenheitsverkehr, ÖPNV und Fernlinie. Unter den Besuchern waren wieder zahlreiche Mitglieder aller Bundestagsfraktionen sowie der parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Enak Ferlemann.

Eingeleitet wurde das Fastenfishessen durch eine Rede von bdo-Präsident Wolfgang Steinbrück. Er unterstrich, dass die öffentliche Wahrnehmung einer Privatisierung des ÖPNV nichts

mit der Realität gemein hat. Während rund 90 Prozent des Gesamtmarktes dem Wettbewerb durch Direktvergaben entzogen seien, liege die Quote eigenwirtschaftlicher Verkehre bei höchstens noch drei bis vier Prozent. Steinbrück betonte, dass dies die offiziellen Zahlen der Bundesregierung seien und die mittelständische Busbranche ihre Hoffnungen auf die Vertreter des Bundestages setze. Der Kompromiss zum Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit dürfe nicht aufgekündigt werden. Denn die Kommunalisierung von eigenwirtschaftlichen Verkehren bedrohe massiv Arbeitsplätze beim Bus-Mittelstand. Steinbrück sieht noch viel Diskussionsbedarf und verschließt sich keinen Gesprächen. Denn da, wo miteinander gesprochen würde, da gäbe es auch Lösungen. Allerdings appelliert er, „beim PBefG das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten“.

Im Anschluss an den bdo-Präsidenten hielt der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulrich Lange, ein Grußwort. Der Abgeordnete bedankte sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem bdo. Lange beschrieb seine Rolle als genauer Beobachter der praktischen Umsetzung des PBefG vor Ort. Es gäbe Beispiele in den Kommunen auf beiden Seiten, die es zu bewerten gelte. Er warnte davor, den Kompromiss zum PBefG nicht leicht-



Grußwort von Ulrich Lange, CDU/CSU-Bundestagsfraktion

fertig infrage zu stellen. Denn kleine Lösungen gebe es nicht. Jede Änderung habe umfassende Konsequenzen. Lange stellte klar, dass er Diskussionsbedarf auf beiden Seiten sehe, denn auch die private Buswirtschaft sei unzufrieden damit, wie das PBefG in der Praxis von den kommunalen Aufgabenträgern gelebt werde. Er wisse jedoch genau, wie wichtig die Eigenwirtschaftlichkeit für den deutschen ÖPNV und letztlich den Steuerzahler sei und bekannte sich als Freund eigenwirtschaftlicher Verkehre. Man müsse den Dialog in der nächsten Legislaturperiode führen. Damit liegt Lange auf der Linie des bdo. Schnellschüsse ohne ausführliche politische Debatte lehnt der Verband der mittelständischen Busbranche klar ab.



Zum Int. Frauentag: Frauen aus dem Bundestag zu Gast

EUROPAPOLITIK

bdo trifft neuen Chef-Lobbyist der IRU in Brüssel



Matthias Maedje, neuer General Delegate der IRU

Bus-Politik wird längst nicht mehr nur in Berlin gemacht. Entsprechend ist es unerlässlich, die Positionen der deutschen Bus-Branche auf EU-Ebene einzubringen. Zu diesem Zweck nahm eine bdo-Delegation um Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard Anfang März in Brüssel an einem Treffen der Busverbände des Weltverbands IRU teil. Thema dieser Sitzung waren verschiedene Initiativen der EU-Kommission zum Personenverkehr, etwa der Zugang zu nationalen Busmärkten, die Revision der Eurovignetten-

Richtlinie zur Maut sowie die zahlreichen Alleingänge der Mitgliedstaaten bei Entsenderegungen. Die verschiedenen Busverbände aus den EU-Mitgliedstaaten waren sich einig, dass die Branche selbstbewusster auf die Politik zugehen müsse. Schließlich ist der Bus das sicherste und grünste Verkehrsmittel. Diese Stärken gelte es in Gesprächen mit der Politik zu betonen. Konsens war auch, es sei nicht hinzunehmen, dass der Bus gegenüber der Bahn benachteiligt werde. Hier wurde die IRU beauftragt, Diskriminierungen abzubauen und für faire Wettbewerbsbedingungen zu kämpfen.

Auf dem traditionellen Spring-Cocktail im Museum BELvue in unmittelbarer Nachbarschaft zum belgischen Königspalast konnte die bdo-Delegation dann in lockerer Atmosphäre Kontakte mit der Brüsseler Politikszene knüpfen und sich mit Vertretern der EU-Kommission austauschen. Im Rahmen des Spring-Cocktails wurde offiziell der neue General Delegate der IRU, Matthias Maedje, begrüßt und der bdo führte dort schon erste Gespräche mit dem Deutschen.

Des Weiteren wurde in Brüssel eine groß angelegte IRU-Studie für die Zukunft des Busses vorgestellt. Unter dem Titel „Vision 2030“ sollen Megatrends für die Mobilitätsbranche identifiziert werden. Anschließend werden die Herausforderungen für den Verkehrsträger Bus definiert und Handlungsempfehlungen entwickelt, um den Bus fit für die Zukunft zu machen. 2017 wurde der Grundstein für diese Studie der International Road Transport Union gelegt; erste Ergebnisse werden im nächsten Jahr erwartet.



Im Gespräch: bdo-Delegation und IRU

© bdo, Michael Fahrig, Fotograf (o.); Alexander Louvet, Fotograf - POWERSHOOTS (u.)

TOURISMUSPOLITIK

Enger Dialog mit Experten aus dem Bundestag

Auf dem Parlamentarischen Abend der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) anlässlich der weltgrößten Reise-messe, der ITB in Berlin, haben sich die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin, Anja Ludwig, und die Referentin für Touristik, Nina Czaja, mit dem Bundestagsabgeordneten und Mitglied des Ausschusses für Tourismus, Stefan Zierke, über die Bedeutung des Tourismus für die deutsche Gesamtwirtschaft und Möglichkeiten, die Aufmerksamkeit der Politik für dieses Thema weiter zu fördern, ausgetauscht. Mit der Kampagne „Auf Zukunft gebucht – Die Tourismuswirtschaft“ wird derzeit durch ein gemeinsames Projekt des bdo und vieler weiterer Partner aus der Branche der große Stellenwert der Tourismuswirtschaft demonstriert.



Der bdo präsentierte seine Tourismuskampagne



Nina Czaja (l.) und Anja Ludwig (2. v. r.) vom bdo im Gespräch mit Gülistan Yüksel, MdB, und Stefan Zierke, MdB

Bei dieser Gelegenheit fanden die bdo-Vertreterinnen bei MdB Stefan Zierke und seiner Kollegin aus dem Tourismusausschuss, MdB Gülistan Yüksel, offene Ohren für die aktuellen Probleme der Bustouristik. Sowohl das Thema gewerbesteuerliche Hinzurechnung beim Hotel-einkauf als auch die verschiedenen Mindest-lohn- und Entsenderegelungen in Europa, drohende Einfahrverbote für Dieselsebuse in immer

mehr Städten und die mit der nationalen Um-setzung der Pauschalreiserichtlinie verbunde-nen Herausforderungen wurden intensiv be-sprochen.

Auf das Thema Digitalisierung war an dem Abend ebenfalls der Fokus gerichtet, die im Tou-rismus immer mehr Einzug erhält – wie unter anderem der kleine Roboter Nao zeigte, der die Gäste des DZT mit einer Tanzeinlage unterhielt.

WIRTSCHAFT

bdo-Konjunkturumfrage 2016/2017

Die private Busbranche schaut auf ein konjunkturell durchwachsendes Jahr zurück und blickt besorgt in die Zukunft – dies geht aus der aktuellen bdo-Konjunkturumfrage hervor, die anlässlich der ITB in Berlin veröffentlicht wurde. In den drei Segmenten wurde die Geschäftslage sehr unterschiedlich bewertet. Während die Bustouristik Rückschläge hinnehmen musste, bewerteten Unternehmen die Geschäftslage im ÖPNV 2016 positiver als im Vorjahr. Dem laufenden Geschäftsjahr stehen sie jedoch sehr skeptisch gegenüber. Der Fernlinienverkehr konnte einen neuen Höchststand auf der Zufriedenheitsskala erreichen und auch zukunftsprospektiv sind die Unternehmer sehr optimistisch. Im Bustouristik-Segment waren nach zuletzt zwei recht erfolgreichen Jahren die größten Rückschläge innerhalb der Branche zu verzeichnen. Auch wenn die allgemeine Geschäftslage im Durchschnitt noch immer recht positiv eingeschätzt wird, so ist die Zufriedenheit bei der Umsatz- und Gewinnentwicklung dennoch sehr stark zurückgegangen. In das laufende Geschäftsjahr blicken die Unternehmer pessimistisch.

In allen drei Bereichen steht die Branche vor großen Herausforderungen: Dem ÖPNV bereitet vor allem die deutliche Schlechterstellung der eigenwirtschaftlichen Verkehre gegenüber den Direktvergaben an kommunale Unternehmen Sorgen. Die Bustouristik hat mit dem stark angestiegenen administrativen Aufwand im grenzüberschreitenden Personenverkehr zu kämpfen. Die länderübergreifende Tätigkeit der mehrheitlich klein- und mittelständisch geprägten Bustouristiker wird fortlaufend durch die unterschiedlichen und sehr komplexen Mehrwertsteuersysteme in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten und durch die seit dem letzten Jahr wachsende Anzahl an verschiedenen Mindest-lohn- und Entsenderegelungen erschwert. Hinzu kommt die anhaltende Terrorgefahr. Große Sorgen bereitet der Branche auch der seit Jahren anhaltende Fahrermangel. Chancen in alternativen Antriebsformen, Digitalisierung oder nachhaltiger/umweltschonender Produktgestaltung und Programmplanung werden deutlich stärker von Fernbusbetreibern gesehen. Die Reisebranche ist noch weitaus zurückhaltender gegenüber Neuerungen.



Der Ausblick fürs laufende Geschäftsjahr: Optimismus im Fernbus-Segment, Skeptik in der Bustouristik

© bdo (o. r./u.), Svea Pietschmann/BTW (o. l.)

BUNDESRAT

Ausweitung der Winterreifenpflicht vertagt

Im Rahmen der anstehenden Änderung der Straßenverkehrsordnung („Zweiundfünfzigste Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften“) hatten der federführende Verkehrsausschuss, der Ausschuss für Innere Angelegenheiten und der Rechtsausschuss des Bundesrates im Februar empfohlen, bei Nutzfahrzeugen künftig auch die Räder der vorderen Lenkachsen mit Winterreifen auszurüsten.

Da dieser Vorstoß sich allerdings auf bislang unveröffentlichte Testergebnisse der Fachpresse und von Reifenherstellern gründete und somit weder von den Verkehrsministerien der Länder noch von der Busbranche nachvollzogen werden konnte, war das Thema kurzfristig von der Tagesordnung genommen worden, weil die Mehrheit der Ländervertreter weiteren Beratungsbedarf erkannt hatte.

Der bdo begrüßt selbstverständlich alle für die Verbesserung der Verkehrssicherheit gebotenen Maßnahmen – der Bus ist das sicherste Straßenverkehrsmittel und die Busbranche tut alles dafür, dass dies so bleibt. In Expertenkreisen ist jedoch umstritten, ob die Empfehlung der Bundesratsausschüsse tatsächlich geeignet und erforderlich ist, um die Verkehrssicherheit von Bussen weiter zu erhöhen. Ohne objektive und fachlich fundierte Prüfung kann nicht einfach davon ausgegangen werden, dass bei einer entsprechenden Ausrüstungspflicht der Vorderachse keinerlei sicherheitstechnische Nachteile bei nicht-winterlichen, also schneefreien Straßenverhältnissen entstehen. Auch der Umstand, dass Winterreifen auf der Lenkachse durch ihren erhöhten Rollwiderstand zusätzliche CO₂-Emissionen,



Die Bundesanstalt für Straßenwesen wird untersuchen, ob Winterreifen auf der Lenkachse die Sicherheit erhöhen

zusätzliche Feinstaubbelastung (durch vermehrten Abrieb) und gegebenenfalls erhöhte Abrollgeräusche erzeugen, muss in die Gesamtbetrachtung einfließen.

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat bei der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) eine Analyse in Auftrag gegeben, die unter anderem die Notwendigkeit weitergehender Anforderungen an die Winterreifenpflicht im Nutzfahrzeugbereich untersuchen soll. Das Ergebnis dieser Untersuchung liegt aktuell noch nicht vor. Dies mag man aufseiten der Fachpresse sowie einzelner Reifenhersteller bedauern. Letztlich ist es ein legitimes Ziel der Hersteller, den Absatz von Winterreifen zu erhöhen. Dies darf jedoch nicht Grund dafür sein, gestützt auf eigene

Testergebnisse dieser Interessenvertreter und ohne das Vorliegen der Untersuchungsergebnisse der BASt und damit allgemein nachprüfbarer Erkenntnisse über die verkehrssicherheitstechnische Notwendigkeit eine gesetzliche Erweiterung der Winterreifenpflicht zu beschließen. Das wäre Rechtssetzung im Blindflug und kann im Zweifel sogar nachteilige Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit haben.

Mittlerweile zeichnet sich in dieser Angelegenheit ein tragfähiger Kompromiss ab: Die Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) wird das Thema untersuchen. Es wird keine Winterreifenpflicht auf der Lenkachse geben, wenn die BASt-Untersuchung zu dem Ergebnis kommt, dass dies nicht der Erhöhung der Verkehrssicherheit dient.

ITB

Gewerbesteuerliche Hinzurechnung von Hoteleinkäufen



Iris Gleicke (l.), MdB, sicherte volle Unterstützung zu

Auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin sicherte die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie und zugleich Tourismusbeauftragte der Bundesregierung, MdB Iris Gleicke, dem Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) weiterhin ihre volle Unterstützung im Zusammenhang mit der gewerbesteuerlichen Hinzurechnung von Hoteleinkäufen zu.

Der im Münsteraner Zwischenurteil enthaltene Ansatz, die Kaltmiete heranzuziehen, hat sich in der Praxis als absolut untauglich erwiesen. Problematisch ist nicht nur, dass es keine Orientierungsgröße für die Höhe des betreffenden Prozentsatzes gibt, sondern auch, dass es nahezu keinen Hotelier gibt, der

seine Kalkulation und sein Yield-Management der Netto-Kaltmiete offenlegt.

Anja Ludwig, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des bdo, berichtete Gleichke von der Vielzahl der Anfragen, die der Bundesverband und seine Landesverbände zu diesem Thema aus der Mitgliedschaft erhalten. Das Bundeswirtschaftsministerium vertritt – ebenso wie der bdo – nach wie vor die Ansicht, dass die Auslegung der Landesfinanzverwaltungen im Hinblick auf den Hoteleinkauf beziehungsweise den Einkauf touristischer Dienstleistungen als Anlagevermögen falsch ist. Bislang sind allerdings weder das Bundesfinanzministerium noch die Länderfinanzverwaltungen gewillt, hier eine praxistaugliche Lösung herbeizuführen.

NWO
Infoveranstaltung „Busfahrerin/Busfahrer – ein Beruf mit Zukunft“

In Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit lud der Verband Nordrhein-Westfälischer Omnibusunternehmen (NWO) e. V. erstmals zu einer Informationsveranstaltung ein, um potenzielle Anwärter für den Beruf des Busfahrers beziehungsweise der Busfahrerin zu gewinnen. Besonderes Augenmerk wurde auf Umschüler aus anderen Berufen gelegt. Hierzu hatte die Agentur für Arbeit gezielt solche Arbeitsuchende angesprochen, die man für geeignet hielt. Diese Ansprache fiel auf fruchtbaren Boden und so konnte Jürgen Weinzierl, 1. Vorsitzender des NWO und zugleich Busunternehmer aus Köln, rund 40 Interessenten im Café Auszeit auf dem Gelände der Messe Düsseldorf begrüßen. Unter dem Motto „Busfahrerin/Busfahrer – ein Beruf mit Zukunft“ gab Weinzierl zunächst einen Über-



Erste Fahrübungen unter Aufsicht von Busunternehmer und Fahrlehrer Stefan Fücker (l.)



Raschid Hourri hat lange ein Restaurant in Düsseldorf betrieben, jetzt möchte er Busfahrer werden

blick über die Anforderungen an zukünftige Busfahrer und vermittelte Einblicke in das breite Spektrum an Tätigkeiten in diesem Beruf. So wurde deutlich: Ob man Fahrer im Schülerverkehr ist oder im Reiseverkehr auf große Fahrt geht, jeder Dienst hat seine Besonderheiten. Wer sind die möglichen Arbeitgeber und wie sind die Verdienstmöglichkeiten als Busfahrer? Wie lange dauert die Ausbildung? Wie stehen die Chancen für Neulinge in diesem Beruf? Alles Fragen, die natürlich den Zuhörern unter den Nägeln brannten und auf die der Referent ausführlich einging. Die Fragen aus der Runde, aber auch Gespräche am Rande der Veranstaltung zeigten, dass bei den Arbeitsuchenden ein großes Interesse am Fahrerberuf vorhanden ist. Nach der theoretischen Einführung erhielten die Teilnehmer die

einmalige Gelegenheit, selbst einen Bus zu steuern. Bei strahlendem Sonnenschein und frühlingshaften Temperaturen warteten Busse der Firmen Adorf-Reisen (Düsseldorf), Elmar Weinzierl Omnibustouristik GmbH (Köln) und Fücker-Reisen (Grevenbroich) auf dem weitläufigen Gelände hinter Halle 8 der Messe Düsseldorf auf die angehenden Busfahrer. Die Firma Fücker betreibt auch eine Fahrschule und so war es Stefan Fücker persönlich, der in einem Fahrschulbus die ersten Fahrversuche begleitete. Viele wagten sich tatsächlich an das Steuer des PS-starken Gefährts und wie sich zeigte, schlummert durchaus fahrerisches Talent in den Fahrernwärtern. Fazit: eine gelungene Kick-Off-Veranstaltung, die nach Möglichkeit Fortsetzung in anderen Regionen von NRW finden soll.

IMPRESSUM
Herausgeber

Bundesverband Deutscher
 Omnibusunternehmer (bdo)
 Reinhardtstraße 25
 10117 Berlin
 Telefon 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 -3 00
 Telefax 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 -4 00
 Internet: www.bdo.org
 E-Mail: info@bdo.org
V.i.S.d.P. Reiner Strauch
Redaktion Reiner Strauch



André Schwämmlein, Geschäftsführer FlixBus

STATEMENT ZUR BUS2BUS

Zukunftsblick

„FlixBus hat früh erkannt, dass attraktive Preismodelle, Design und neue Services den Bus vor allem für jüngere Zielgruppen extrem interessant machen. Wir möchten unseren Komfort und unser Connectivity-Angebot ständig ausbauen und suchen dazu den Austausch mit Industrie- und Technologiepartnern. Wir werden die BUS2BUS für die Diskussion nutzen – der Standort Berlin ist aus unserer Sicht perfekt.“